



Februar 2025

Keinen Fußbreit den Faschisten! Und auch nicht Merz!



Demo gegen den Auftritt von Chrupalla in Harburg, Foto: Fraktion

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe:
Donnerstag, 06.03.2025

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Weidel und Chrupalla: Not welcome!	S. 2
Kaffeeklatsch in Billstedt	S. 2
... und es kam schlimmer ...	S. 3
Wahlprogrammparteitag	S. 4
Rotes Bier	S. 4
ESSO-Areal: Planung ohne St. Pauli	S. 5
Bürger:innensprechstunde	S. 6
Bezahlkartentausch	S. 6
Tarifrunde öD	S. 7
Solidarity will win!	S. 7
Termine / Kontakt	S. 8

Weidel und Chrupalla: In Hamburg nicht willkommen!



<< Abendliche Demo gegen den Auftritt von Alice Weidel im Rathaus, Mönckebergstraße (Foto: R. Schwandt)

Nachdem wir als Linke bei Weidel zwar zahlreich, aber überwiegend in kleinen Gruppen und nur wenig sichtbar waren, organisierten wir uns bei Chrupalla auf Initiative des Landesvorstands hervorragend. Mit 40 Parteimitgliedern, drei Bannern, Westen und zahllosen Fahnen

Im Januar sind sowohl AfD Kanzlerkandidatin Alice Weidel als auch ihr Co-Parteivorsitzender Tino Chrupalla für Wahlkampfauftritte in Hamburg gewesen. Beide Veranstaltungen wurden mit großem Protest begleitet.

Weidel, die ihren Wahlkampfauftritt im Rathaus hatte, haben wir mit 20.000 Demonstrierenden am Hauptbahnhof in Empfang genommen. Die Demo setzte sich aus einem breiten Bündnis von Antifa bis zur bürgerlichen Mitte zusammen – nur andere Parteien habe ich nicht gesehen. Die Polizei riegelte den Rathausmarkt weiträumig, durchgehend und teilweise mit Gewalt ab, sodass es nicht gelang, das Rathaus zu blockieren. Besucher*innen der AfD Veranstaltung gelangten somit weitgehend unbehelligt ins Rathaus.

Anders eine gute Woche später in Harburg. Die Stadt hatte Tino Chrupalla in die Friedrich-Ebert-Halle gelassen und auch hier riefen mehrere Veranstalter*innen zu Kundgebungen und einer Demo auf. Mit 3.000 Demonstrant*innen gelang es uns, an allen Zugängen präsent zu sein und jedem einzelnen der AfD-Besucher*innen unseren Unmut kundzutun, besonders eine friedvolle und wirkungsvolle Blockade der Antifa blieb über Stunden stabil. Mit Polizeischutz und dem Einsatz eines Wasserwerfers (trotz der frischen 4°C) tröpften die AfDler*innen nur einzeln an uns vorbei.

Nicht nur unsere Partei, sondern auch die Veranstalter der Demo kritisierten massiv die Entscheidung der Stadt, Chrupalla in die öffentliche Halle zu lassen. Obwohl die Geschäftsordnung der Halle das Mitbringen extremistischer Texte und Materialien verbietet, gelangten wohl zahllose AfD Flyer und auch Chrupallas Rede-Text in die Halle – ein klarer Verstoß gegen die Geschäftsordnung, wie eine Aktivistin klarstellte. Die Linke Hamburg fordert die Stadt auf, die Miet-Einnahmen aus der Veranstaltung für die Seenotrettung im Mittelmeer zu spenden.

zeigten wir hervorragend Präsenz (Titelfoto) – auch hier als einzige Partei. Richtigerweise, denn zahlreiche Redner*innen prangerten explizit die drastischen Rechtsverschiebungen der sogenannten Parteien der Mitte an.

Luzian Massarat

Bürgerschaftswahl 2025

Zusammen mit **euch** bei **Politik mit Kaffee und Kuchen**

Die Linke
Hamburg
im Wahlkreis 2
Billstedt
Wilhelmsburg
Finkenwerder

am 8.2.2025 um 16:00 im
Kulturpalast Billstedt Öjendorfer Weg 30 A
Mit Musik: Uwe Everding-Böhm,
Arne Theophil und Daniel Kahn

Kay Jäger
Platz 1 im WK2
Nr.12 auf der
Landesliste
Hafenarbeiter

Wolfgang
Strauß
Platz 3 im WK2
Dipl. Phys. i.R.

Alle Stimmen für **DIE LINKE HAMBURG**

Impressum: Die Linke Hamburg: titel@fdg.de - foto@hamburg-mit.de

Mit dabei auch **Heike Sudmann** (Platz 2 der Landesliste für die Bürgerschaft) und **Marinus Stehmeier** (Direktkandidat für den Bundestag).

Themen: Wohnen, SAGA, Privatisierung, Inflation Und mit Musik von u.a. Uwe Böhm.

... und es kam schlimmer ...



Luftbild der Kundgebung am Samstag

Die Demos gegen die Wahlkampfauftritte von Weidel und Chrupalla waren noch in der Hoffnung angemeldet worden, wir hätten es nur mit den ausgewiesenen Rechtsextremen zu tun und müssten uns ihrer erwehren. Seit letzter Woche wissen wir mehr. Friedrich Merz schert sich nicht länger um sein Geschwätz vom Dezember und scheut sich nicht, Mehrheiten für eine menschenfeindliche Flüchtlingspolitik mit der AfD (nebst FDP und BSW!) zu suchen und zu finden. So geschehen am 29.1. und 31.1. in Berlin. Einmal mit Erfolg und einmal beinahe mit Erfolg.



Samstag an den Alsterarkaden. Gar nicht einfach, ein Foto zu machen, die Menschen standen extrem dicht beieinander, man fühlte sich an den Januar 2024 erinnert Foto: LAG Senior:innenpolitik

Klar ist, dass es in keinsten Weise um konkrete Politik geht: Einmal war es eine „Entschließung“, die niemanden bindet, das andere Mal ein Gesetzentwurf, der keine Chance hatte, noch vor der Wahl durch den Bundesrat zu kommen. Nein, hier geht es um übelsten Populismus. Dass die Anschläge der vergangenen Wochen von psychisch

kranken Menschen begangen wurden und nichts mit Terrorismus zu tun hatten – wen interessiert das noch? Hauptsache, alles Übel dieser Welt und speziell in diesem Lande kann den angeblich „zuströmenden“ Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten angelastet werden („Zustrombegrenzungsgesetz“). Da spielen Menschenrechte und Europarecht natürlich keine Rolle mehr.

Merz hat offenbar auch kein Problem damit, dass ihn seine Vorgängerin scharf kritisiert und dass die Kirchen (CDU???) sich von dieser Art Politik distanzieren. Und was tun die „Parteien der Mitte“? Immerhin stimmen sie nicht direkt zu, räumen aber ein, dass die Ansätze im Gesetzentwurf „diskutiert werden müssten“: Also Menschenverachtung à la AfD demnächst ohne deren Stimmen?



Samstag am Neuen Wall. Eine Dreiviertelstunde lang liefen Menschen jeden Alters an uns vorbei. Es hätte locker dafür gereicht, das Rathaus zweimal zu umzingeln (Foto: LAG Senior:innenpolitik)

Zum Glück finden offenbar sehr viele Hamburger:innen, dass das so nicht sein soll. Am vergangenen Samstag und Sonntag sind Zigtausende gegen AfD und Merz auf die Straße gegangen, ca. 20.000 bei der Menschenkette der „Omas gegen rechts“ am 31.1., lt. Polizei 65.000 auf der Willy-Brandt-Straße mit „Fridays for Future“ am 1.2. Hoffen wir, dass wir so viele bleiben und wir weiter **gemeinsam** gegen die Faschisten und ihre Steigbügelhalter demonstrieren, auch wenn vielleicht mancher/m die antikapitalistische Stoßrichtung fehlt.

Und umso wichtiger ist es aber auch, dass wir für eine starke LINKE in der Bürgerschaft und im Bundestag sorgen. Die Chancen stehen gut, machen wir was draus.
Bernhard Stietz-Leipnitz

Bericht vom Sonderbundesparteitag am 18.01.2025 in Berlin - oder auch: „Der kürzeste Parteitag ever“



Heidi und Jan, unsere Spitzenkandidat:innen

Dieser Tag gehört nur dem Wahlprogramm. Sechs Stunden, mehr ist für das ursprünglich 62 Seiten lange Dokument nicht vorgesehen. Doch der Parteivorstand hat gut vorgearbeitet, hat viele Änderungsanträge teilweise oder auch ganz übernommen. Den Rest beschließen nun die anwesenden Delegierten aus dem ganzen Land.

Viele der zu behandelnden Anträge beschäftigten sich mit Feinheiten. Oft geht es auch einfach um die Frage, welches Kapitel vor welchem stehen sollte und andersherum. Eine Sache, die aus der Perspektive der Antragstellenden durchaus relevant ist - tatsächlich wird sich wohl aber kaum jemand, der/die nicht aus der Partei ist, ein Wahlprogramm von vorne bis hinten durchlesen.

Mit besonderer Spannung erwartet: Das Kapitel „IV. Eine friedliche Welt ist möglich“, schließlich geht es hier auch um ein Thema, das wohl für die allermeisten Linken ein rotes Tuch ist. Die Rede ist hier von Sanktionen und ihrer tatsächlichen Wirkung, um Friedensprozesse in Gang zu setzen. Die einen sehen in Sanktionen immer eine gewaltvolle Maßnahme, die - egal an wen sie sich richtet - ungewollte Nebenwirkungen nach sich

zieht. Es gibt Beispiele, wo Sanktionen zu humanitären Katastrophen geführt haben, zu einer stärkeren Bindung einer Bevölkerung an das zu sanktionierende Regime und es gibt auch die Möglichkeit, dass unbeteiligte Nachbarstaaten (einfach weil sie Handelspartner sind) ebenfalls von den Sanktionen betroffen sind. Am Ende stimmte der Parteitag aber doch dafür, die Sanktionen im Wahlprogramm zu lassen, mit der Spezifizierung, dass sie sich ausschließlich gegen Putins Machtapparat richten dürfen, sie müssen die Fähigkeit zur Kriegsführung beschädigen, dürfen der Zivilbevölkerung nicht schaden und müssen im Einklang mit der UN-Charta sein.

So kurz, wie der Parteitag ausgefallen ist, ist im Grunde auch der Bericht über ihn. Es gibt wenig zu berichten, weil es auch keine wirklichen Diskussionen gab, wenig Reibungspunkte, die länger andauerten, als die Beschäftigung im Plenum mit ihnen. Das liegt nicht nur an der gründlichen Vorarbeit, sondern gewiss auch an der Tatsache, dass die Delegierten unausgesprochen wohl einen Entschluss gefasst haben. Sie alle wollten, dass es funktioniert.

Und am Ende dieses kürzesten Parteitages in der Parteigeschichte steht ein Wahlprogramm, das sich wirklich sehen lassen kann. Es ist ein Wahlprogramm, das wir nicht nur als Angebot für die Menschen nehmen - es sind die Ideen der Menschen, die dort eingeflossen sind. Von zahlreichen Haustürgesprächen, die wir schon vor Monaten angefangen haben zu führen und gesammelt haben. Uns haben diese Menschen überzeugt, es liegt nun an uns, weitere Menschen davon zu überzeugen. Antonia Ivankovic

Rotes Bier - der Mitte Kneipenabend

Eine herzliche Einladung zu unserem monatlichen Kneipen Abend für Mitte.

Am **Mittwoch den 19. Februar** findet in der Kernzeit von 20 bis 22 Uhr im Kaffee Stark in der Wohlwillstraße 18, 20359 Hamburg St Pauli, unser neues Format

Rotes Bier- der Mitte Kneipenabend- statt.

Jeden dritten Mittwoch im Monat treffen sich dort linke Mitglieder und Interessierte aus dem ganzen Bezirk Hamburg Mitte, um sich auszutauschen und auch ein wenig Theoretisches besprechen zu können.

Der nächste Termin danach ist Mittwoch der 26. März.

Das neue Format **Rotes Bier** ist hiermit gestartet und wir schauen dann zusammen, wie es läuft und was wir danach zusammen daran verbessern können.

Wir freuen uns darauf und bis bald liebe Grüße vom Kneipenabend Orga Team. N.N., Sophia Lund und N.N.

(Meldet euch gerne beim Bezirksvorstand, wenn ihr mitmachen möchtet beim Kneipenteam ;)))
Das "Kaffee Stark" ist zu erreichen mit den S-Bahnen S1 und S3 bis Reeperbahn. Dann Ausgang Ost über die Talstraße, die Simon-von-Utrecht-Straße zur Wohlwillstraße in ca. fünf Minuten - oder über die U-Bahn Feldstraße in Richtung Neuer Pferdemarkt, über den Arrivati-Park in die Wohlwillstrasse immer geradeaus (Linke Seite) in ca. acht Minuten.

Neue Pläne fürs Esso-Areal: Meinungen aus St. Pauli offenbar unerwünscht

Ein Antrag der Linken Bezirksfraktion, engagierte Bürger*innen in der Fragestunde führten zur bis jetzt turbulentesten Sitzung am Donnerstag, den 23. Januar, des „Kommunalparlaments“ in Hamburg-Mitte in dieser Legislatur- und das ist auch gut so!

Im November 2024 hatte der Hamburger Senat mitgeteilt, dass das Areal des Paloma-Viertels (früher „Esso-Häuser“) auf St. Pauli von der Bayerischen Hausbau GmbH an die SAGA Unternehmensgruppe und die Quantum Immobilien AG bis Jahresende verkauft werden soll. Zusammen wollen sie es „im Sinne seiner ursprünglichen Bestimmung“ bebauen, wie die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Karin Pein in einer Pressemitteilung der SAGA vom 18. November 2024 zitiert wird. Weiter ist die Rede von einem „Durchbruch“. Auch wenn der Hamburger Senat, die SAGA Unternehmensgruppe und auch die Quantum Immobilien AG zu genaueren Details viel zu verschlossen sind, ist klar, dass es kein Durchbruch für die St. Paulianer*innen und die langjährige Arbeit rund um die „PlanBude“ ist.

Bekannt ist: Aus 200 Wohnungen werden nun 164. Diese sollen zwar alle öffentlich gefördert werden, doch ob ein Großteil davon mit einer Anfangsmiete von 12,10 €/qm (= 3. Förderweg) statt der bisher geplanten 120 Wohnungen im 1. Förderweg (7,10 €/qm) und 2. Förderweg (9,20 €/qm) entstehen, ist noch offen. Aus 180 Hotelzimmern werden nun fast doppelt so viele, nämlich 350. Weg ist die öffentlich begehbare Dachfläche, weg ist die Kletterfassade und weg sind offenbar auch Räumlichkeiten für die Nachbarschaft. Lediglich Gewerbeflächen für nicht näher spezifizierte kulturelle Nutzung scheinen noch vorgesehen zu sein.

Folgerichtig hat die Bezirksfraktion der Linken in Hamburg-Mitte einen Antrag gestellt, um zu bewirken, dass Transparenz hergestellt wird, was genau geplant ist nach dem Eigentümerwechsel des Areals, dass die in einem beispielgebenden Beteiligungsverfahren erarbeiteten Rahmenpläne auch gegenüber den neuen Eigentümer*innen durchgesetzt werden.

Alle anderen Fraktionen in der Bezirksversammlung eiern da rum und versuchen, die zu Recht empörten Bürger*innen aus St. Pauli damit abzuspeisen, dass jetzt endlich was passiert und ja auch geförderte Wohnungen gebaut würden. Dies reicht aus unserer Sicht nicht aus, weil eigentlich

auch SPD und Grüne in der BV ursprünglich zufrieden mit dem Ergebnis des Beteiligungsprozesses waren.

Erschreckend, dass natürlich die AFD-Fraktion versucht, sich durch nicht sonderlich von Sachkenntnis untermauerte Wortbeiträge zum Sprachrohr des verletzten „Bürgerwillens“ zu gerieren. Erfreulich, dass sie damit bei den aktiven Bürger*innen aus St. Pauli auf keine Gegenliebe trifft.

Die Linke bleibt auf jeden Fall dran an dem Thema, in der Bürgerschaft in Kritik am Senat aber auch in der Bezirksversammlung, wo unser Antrag zur weiteren Beratung in den Stadtplanungsausschuss überwiesen wurde.



Das ESSO-Gelände im Februar 2019,
Foto: Wikiuka CC-BY-SA-4.0

Wie unsere St. Pauli Abgeordnete Antonia in der BV erklärte: „Die neuen Pläne für das Esso-Areal sind ein undurchsichtiges Hauruckverfahren. Der SPD geführte Senat glaubt offenbar, so eine weitere Bautragödie in der Stadt abzuwenden. Dies allerdings auf Kosten der Anwohner*innen von St. Pauli, die ein berechtigtes Interesse haben zu erfahren, wieso ihre Wünsche im Rahmen der PlanBude und der St. Pauli Code keine Berücksichtigung mehr finden. Die Fraktionen in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte müssen losgelöst von Parteiinteressen genau diese Informationen einfordern. Wir als Linksfraktion bleiben auf jeden Fall dran.“

Alle Infos (der Antrag, unsere Presseerklärungen zum Thema) und weitere Infos findet ihr auf der Website der Bezirksfraktion unter <https://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/aktuelles/>.

Martin Wittmaack

Bürger*innensprechstunden der Abgeordneten

Falls Ihr auch mal direkt über dieses, oder auch andere Themen, ein Anliegen für die Behandlung durch die Bezirksfraktion habt: Jeden 1. und 3. Montag von 16 bis 18 Uhr findet in Bezirksbüro in der Borgfelder Straße 83 unsere Abgeordneten-sprechstunde statt. Seid herzlich Willkommen.

Nein zur Bezahlkarte – Tausch mit!

Auch in Hamburg erhalten Asylbewerber*innen statt Bargeld Bezahlkarten, mit denen sie in Geschäften einkaufen können. Die Linke beteiligt sich an einer Bargeld-Umtauschaktion. Damit soll eine selbstbestimmte Verwaltung des eigenen Geldes durch Geflüchtete ermöglicht werden.

Die Bezahlkarte löst keine gesellschaftlichen Herausforderungen, sondern stigmatisiert und diskriminiert auf perfide Weise Geflüchtete in ihrem Alltag. Die Bezahlkarte ist eine reine Schikane Maßnahme, die uns als Gesellschaft Millionen-schmerzen kostet. Gleichzeitig verletzt die Bezahlkarte den grundrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Als Linke begrüßen wir auch juristische Initiativen wie die der Gesellschaft für Freiheitsrechte und Pro Asyl, die gegen die restriktiv ausgestalteten Bezahlkarten klagen. Erste Forderungen aus der CDU zeigen: Diese Politik könnte bald auch Einheimische treffen, die Bürgergeld beziehen. Auch Konservative verbreiten viele Falschbehauptungen. Die Bezahlkarte führt absehbar nicht dazu, dass weniger Menschen nach Deutschland fliehen.

Es gibt bereits die Initiative Hamburg sagt Nein zur Bezahlkarte, die sich aus der Bewegung herausgebildet hat und aus Geflüchteteninitiativen und Einzelpersonen zusammensetzt. Die Initiative mobilisiert öffentlich gegen die Karte und hat einen einfachen Weg gefunden, mit dem die repressiven Wirkungen der Bezahlkarte für Geflüchtete abgemildert werden können:

Das funktioniert so: Menschen mit Bezahlkarte kaufen Gutscheine im Supermarkt. An regelmäßig stattfindenden „Tauschtagen“ werden die Gutscheine von der Initiative gegen Bargeld getauscht. Die Gutscheine werden dann an die Gutschein-Ausgabestellen weitergegeben und dort von solidarischen Menschen wiederum gegen Bargeld getauscht. Damit kann man dann ganz normal im Supermarkt einkaufen gehen. Bei den Tauschaktionen werden aktuell Gutscheine, unter anderem, von REWE, Edeka, Aldi, Lidl, Penny, Budni und DM jeweils im Wert von 50

EUR getauscht und an die Ausgabestellen weitergegeben. Das Guthaben des Gutscheins braucht nicht in einem Mal aufgebraucht werden, so dass die Einschränkungen für die solidarischen Menschen, die die Gutscheine letztlich einlösen, minimal sind.

Mach mit:

In unserem Bezirksbüro in der Borgfelder Straße könnt ihr die Aktion unterstützen, indem ihr Gutscheine für Supermärkte gegen Bargeld eintauscht. Und zwar ab sofort jeden 1. und 3. Mittwoch, von 16.00 bis 18.00 Uhr.

MW

Die Linke
Landesverband
Hamburg

Tauschen gegen die Bezahlkarte

Wer in Hamburg Sozialleistungen auf die Bezahlkarte gezahlt bekommt, kann **nur 50 Euro Bargeld** abheben. Das ist entmündigend und führt zu vielen Problemen. Mit einem **Gutschein-Tausch** kannst du Menschen mit Bezahlkarte leicht unterstützen.

Die Linke
Landesverband
Hamburg

So funktioniert der Tausch:

- 1. Menschen mit Bezahlkarte** kaufen im Supermarkt ihrer Wahl Gutscheine für diese Supermärkte ein. Sie bringen die Gutscheine zu uns und wir geben ihnen dafür Bargeld im selben Gegenwert.
- 2. Solidarische Menschen wie du** kommen zu unseren Tauschstellen und tauschen wiederum Bargeld gegen die Gutscheine im selben Wert, mit denen sie dann wie gewohnt einkaufen gehen können.

Tarifikampf im öffentlichen Dienst



Rund 100 Beschäftigte übergaben während einer Kundgebung vor der Finanzbehörde am 28. Januar zur laufenden Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes für Bund und Gemeinden dem Hamburger Finanzsenator, Dr. Dressel, Unterschriftenlisten von streikbereiten Kolleginnen. Sie standen

repräsentativ da für die rund 50.000 Beschäftigten (davon rd. 4.000 Beamt:innen) mit den Forderungen nach: 8 % mehr, mindestens 350 Euro, höheren Zuschlägen für belastende Tätigkeiten, drei zusätzlichen freien Tagen sowie einem sogenannten "Meine-Zeit-Konto" für Kolleginnen aus Schichtbetrieben, wie Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, die aufgrund des nicht vorhandenen Personals für z.B. für erkrankte oder beurlaubtes Personal einspringen und "Berge" von Mehrarbeitsstunden "vor sich her schieben". Sie wollen zukünftig selber entscheiden, ob sie die Stunden ausbezahlt haben oder in freien Tagen - nach eigener Wahl - abgelten wollen.

Die 2. Verhandlungsrunde ist am 17. und 18.2. in Potsdam. -ena

Samstag, 8. Februar 2025 13:00 - 16:00 Uhr

Demonstration: Solidarity will win!

Zusammen gegen die Angriffe auf Geflüchtete

Beginn: *Steindamm 45, St. Georg*, Veranstalter: *Seebrücke Hamburg*

Die massiven Angriffe auf die Menschen- und Grundrechte von Schutzsuchenden, die wir aktuell erleben, erschüttern uns zutiefst. Die Untergrabung des Asylrechts durch immer neue Verschärfungen, die Abschiebeoffensive, Überwachungs- und Schikanemaßnahmen, sowie Gefängnislager an den europäischen Außengrenzen:

Seit Monaten müssen wir erleben, wie Parteien, Bundesregierung und der Hamburger Senat der AfD hinterher laufen und eine rechte Forderung nach der anderen umsetzen. Flüchtende werden bewusst in Lebensgefahr gebracht, tagtäglich sterben Menschen an den Außengrenzen, im Mittelmeer, der Sahara oder in libyschen Folterlagern. Wer es bis hierher geschafft hat, wird immer weiter entrechtet, durch Ausländerbehörde und Bezahlkarte alltäglich schikaniert und muss in überfüllten Camps leben, entwürdigt durch rassistische Kontrollen und häufig in ständiger Angst vor Abschiebung.

Und als sei all das noch nicht schlimm genug, fordert die CDU immer noch schärfere Maßnahmen und erklärt Migrant*innen zu Sündenböcken für sämtliche sozialen Probleme. Dabei sind es die Profitinteressen der Reichen, Ausbeutung, Umweltzerstörung und Krieg, die soziale Not verursachen und Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Dafür ausgerechnet Geflüchtete

verantwortlich zu machen und anzugreifen, ist niederträchtig und rassistisch.

Diese Politik stärkt die AfD und normalisiert ihre menschenverachtende Agenda.

Es ist höchste Zeit, dass wir all das stoppen!

Jeder Mensch hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit, Würde und Sicherheit, auf Zuflucht vor Gewalt, Verfolgung und Krieg. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die diese Rechte für alle anerkennt, die sichere Fluchtwege schafft und in der niemand Angst davor haben muss, abgeschoben zu werden. Wir stellen uns gegen Rassismus und fordern soziale Gerechtigkeit und gleiche Rechte für alle Menschen! Dafür gehen wir am 08.02.2025 gemeinsam in Hamburg auf die Straße – laut, wütend und solidarisch.

Wir rufen alle Hamburger*innen auf, sich uns anzuschließen und zusammen zustehen:

Gegen die Angriffe auf Schutzsuchende und Migrant*innen. Für Solidarität und die Gesellschaft der Vielen!

Web: <https://solidarityhh.github.io/Demo0802/de/>

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke/Ecke Neuer Wall

Dienstag, 04.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Samstag, 08.02., 15:00 - 17:30 Uhr

**Politischer Kaffeeklatsch mit Kay Jäger und
Marinus Stehmeier**

Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg 30a

Donnerstag, 13.02., 17.30 Uhr

Öffentliche Sitzung der **Bezirksversammlung**
Caffamacherreihe 1-3, 11. OG

Donnerstag, 13.2., 18:30 Uhr

Treffen der BOn Billstedt und HaHoBo

Büro Borgfelder Straße

Mittwoch, 19.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadteilbüro, Hansaplatz 9

Mittwoch, 19.02., 20:00 Uhr

Rotes Bier – Kneipenabend des Bezirksverbands
Kaffee Stark, Wohlwillstraße 18 (s. S. 4)

Donnerstag, 20.02., 20:00 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126,

Freitag, 21.02., 10.30 bis 12.30 Uhr

LAG Senior*innenpolitik Hamburg,
Landesgeschäftsstelle, Versammlungsraum,
Burchardstraße 21, 20095 Hamburg
(Innenstadt/b. d. Steinstraße)

Sonntag, 23.2., 8 bis 18 Uhr:

Bundestagswahl

März

Sonntag, 2.3., 8 - 18 Uhr

Bürgerschaftswahl

Dienstag, 04.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Montag, 17.03., 16:30 Uhr (3. Montag!!)

Nächstes Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Stadteilbüro, Hansaplatz 9
(Verlegt wg. Abwesenheiten im Februar und am
10.3.)

Mittwoch, 19.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 20.03., 20:00 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126,

Treffen BOn Billstedt und HaHoBo
für März noch nicht festgelegt.

Wahlkampftermine, insbesondere Infostände,
erfragt bitte bei euren Gruppensprecher*innen.

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei:

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/>

Und der der Bürgerschaftsfraktion:

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/termine>

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Laura		
Michelle Stoop		
Rhia Baguley		
Sophia Lund		
Quentin		
Wolfgang Strauß (Schatzmeister)		wolfgang-strauss@gmx.net
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX